

Schwerbehindertentagung 25.06.2019

Rede Roman Zitzelsberger

Zeit: 10:15 Uhr bis 11:15 Uhr incl. Diskussion

„Ist das wirklich Inklusion? Aktuelle Anforderungen der IG Metall an die Politik“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, auch in diesem Jahr wieder so viele Kolleginnen und Kollegen der Schwerbehindertenvertretungen unserer Tarifbereiche hier in der Stadthalle in Reutlingen begrüßen zu können. Es ist gut zu wissen, dass unsere Veranstaltung in jedem Jahr auf so großes Interesse stößt.

Bevor ich aber mit meinem Vortrag beginne, bitte ich erst einmal den Kollegen Gerhard Herr auf die Bühne.

Gerhard war und ist seit vielen Jahren als freigestellter Vertrauensmann der Schwerbehinderten bei Daimler in Gaggenau tätig. Schon damals haben wir oft und gern zusammengearbeitet.

In diesem Jahr beendet er nun seine Tätigkeit für Daimler und damit leider auch vor allem seinen Einsatz für die Schwerbehindertenvertretung.

Gerhard war aber nicht nur in und für die IG Metall in Gaggenau aktiv, sondern hat auch auf Bezirksebene als Vorsitzender im Leitungsteam "Teilhabe und Behinderung" seit Jahren aktiv mitgewirkt. Auch hier legt er nun seine Tätigkeit nieder.

Das ist für uns sehr bedauerlich, aber bietet Dir, lieber Gerhard, nun die Möglichkeit alte Themenfelder zu intensivieren oder neue zu entdecken.

Ich nenne da nur das Stichwort "Keller aufräumen".

Aber natürlich auch Deine Aktivitäten als Versichertenberater der DRV Baden-Württemberg und vielleicht auch perspektivisch den sehr aktiven Arbeitskreis Seniorinnen und Senioren in Gaggenau und im Bezirk.

Lieber Gerhard, im Namen der IG Metall Baden-Württemberg bedanke ich mich für Dein intensives und langjähriges Engagement für die IG Metall und vor allem für die Belange der von Behinderung Betroffenen.

Ich weiß, Du bleibst uns mit Rat und Tat an der Seite.

Dir alles Gute für die auf Dich zukommende Zeit, bleib vor allem gesund und aktiv.

Als Dankeschön vom Bezirks-Arbeitskreis bin ich gebeten worden, Dir ein kleines Präsent überreichen.

*(Übergabe Geschenk, Applaus, ggf. ein **kurzes** Dankeschön von Gerhard am Mikrofon.)*

Auch der Kollege Manfred Rudebusch ist altersbedingt bei Daimler ausgeschieden, aber leider heute nicht hier. Auch ihm gilt mein Dank, da er ebenfalls auf Bezirksebene sehr aktiv war.

Lasst mich bitte jetzt zuerst einmal die Frage in den Raum stellen: „Wer von euch ist zum ersten Mal bei dieser Tagung?“

Bitte hebt doch mal den Arm --- Danke.

Lasst mich dann noch mit der Frage anschließen: „Wer von euch ist denn erstmalig als Vertrauensmann oder Vertrauensfrau der Schwerbehinderten gewählt?“

Das ist schon sehr beeindruckend.

Das freut mich sehr, dass wieder so viele neue Kolleginnen und Kollegen die Aufgabe der Schwerbehindertenvertretung oder deren Stellvertretung übernommen haben.

Insgesamt sitzen hier heute wieder über 260 Menschen, die sich vorgenommen haben, ihr

eigenes Schicksal und das vieler anderer in die Hand zu nehmen,

Rechte wahrzunehmen und Schutz für andere zu bieten, die möglicherweise nicht so stark oder informiert sind,

Unterstützung zu bieten, wo andere verschreckt wurden,

Hilfestellung zu organisieren, wo andere sich zurückziehen.

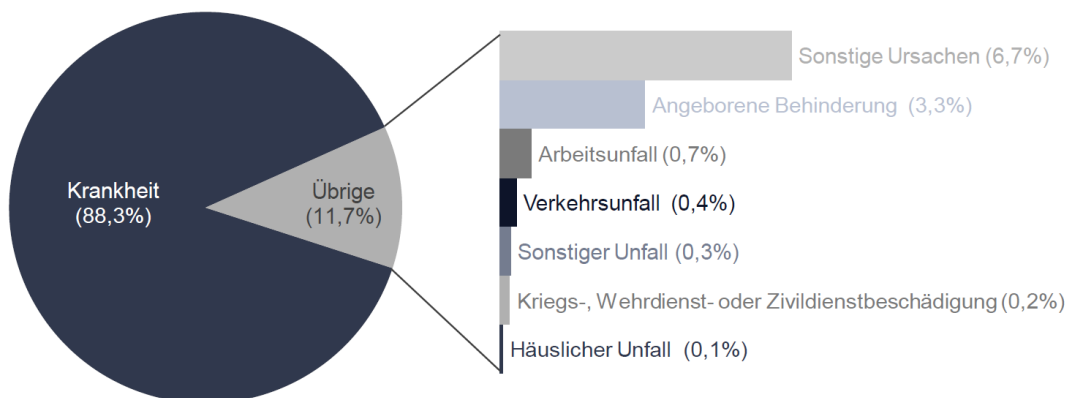
Ihr zeigt mit eurem Engagement, dass Aufgeben keinen Sinn macht, sondern Solidarität aktiv gelebt werden kann, aber auch gelebt werden muss, wenn man etwas verändern will.

Deshalb schon an dieser Stelle meinen Dank und meine Bitte an Euch, Euer Engagement auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. Nur durch euren

Einsatz und eure Hilfestellung könnt ihr den vielen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben helfen, mit ihrer Arbeits- und Lebenssituation klarzukommen, obwohl sie eine Behinderung aufweisen.

In Deutschland gibt es ca. 8 Millionen Menschen mit Behinderung, aber nur ca. 3 % davon, d. h. knapp 240.000, sind damit geboren worden. Alle anderen haben erst im Laufe ihres (Berufs-) Lebens ihre Behinderung erworben.

Schwerbehinderte Menschen nach Art ihrer schwersten Behinderung
Anteile, 31. Dezember 2017



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Liegt mehr als eine Ursache für die Behinderung vor, wird nur die schwerste erfasst.

Viele von Euch berichten immer wieder davon, wie sich die Schwerbehindertenquote in ihrem Betrieb, quasi wie von Zauberhand gesteuert, von Jahr zu Jahr auf einem ähnlichen Niveau einpegelt.

Schon die „normalen“ Aufgaben der SBV werden daher im Regelfall nicht weniger.

In den kommenden zehn Jahren werden zunehmend Menschen aus den geburtenstarken Alterskohorten in die Altersgruppe von 55 bis unter 65 Jahre eintreten.

Bleibt das Risiko einer Schwerbehinderung innerhalb der Altersgruppen gleich, wird allein aufgrund dieses Effekts die Zahl schwerbehinderter Menschen im erwerbsfähigen Alter - und somit normalerweise auch in Euren Betrieben - höher liegen als zuletzt.

Und dann kommen auch noch zusätzliche Aufgaben auf Euch als Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter zu. Dazu komme ich später.

Zehn Jahre ist es jetzt her:

Am 26. März 2009 trat in Deutschland das von den Vereinten Nationen 2006 verabschiedete „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (UN-BRK) in Kraft.

Ich zitiere aus Art. 1: „Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.“

Erstmals wurde damit in einer allgemeinen Rechtsnorm festgestellt, dass eine Beeinträchtigung nicht ein Defizit oder eine Abweichung darstellt, sondern vielmehr Teil der Vielfalt menschlichen Lebens ist.

Menschen mit Behinderung sind somit keine Objekte gesellschaftlicher Fürsorge, sondern selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger. Ihr alle hier im Saal und noch viele Kolleginnen und Kollegen mehr, die sich dieser Aufgabe stellen, sind lebendiger Ausdruck des Erfolgs dieser Zielstellung.

Trotz allem muss man aber auch feststellen, dass es in allen gesellschaftlichen Bereichen noch sehr viel zu tun gibt.

Unser gewerkschaftlicher Fokus liegt logischerweise im Bereich der Arbeit.

Bei den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes hat sich in den letzten Jahren Einiges getan, da diese wegen gesetzlicher Verpflichtung verstärkt barrierefreie Angebote vorhalten müssen.

Bei privaten Anbietern von Dienstleistungen und Produkten ist dies an vielen Stellen allerdings bisher nicht oder zumindest nicht ausreichend der Fall.

Bei den Prüfungen des UN-Fachausschusses 2011 und 2015 wurde bewertet, wie Deutschland die UN Behindertenrechtskonvention umsetzt. Hier sah die Prüfungskommission in vielen Punkten weiteren Verbesserungsbedarf, insbesondere beim Thema Barrierefreiheit und bei der Einbindung von Menschen mit Behinderung in Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozesse.

Wir sind als IG Metall seit einiger Zeit als Behindertenverband anerkannt.

In diesem Zusammenhang können wir auch das Verbandsklagerecht nach § 15 BGG (Behindertengleichstellungsgesetz) bei Verstößen gegen Barrierefreiheit durch öffentliche Stellen in Anspruch nehmen.

Darüber hinaus können wir nach § 85 SGB IX für Menschen mit Behinderungen Klagen auf Bundes- und Landesebene führen.¹

Diese seit einiger Zeit bestehenden Möglichkeiten sind bisher aber noch nicht in größerem Ausmaß aktiv genutzt worden.

Demgegenüber ist die IG Metall regelmäßig auf der politischen Ebene aktiv und fordert

¹ **SGB IX § 85 Klagerecht der Verbände**

Werden Menschen mit Behinderungen in ihren Rechten nach diesem Buch verletzt, können an ihrer Stelle und mit ihrem Einverständnis Verbände klagen, die nach ihrer Satzung Menschen mit Behinderungen auf Bundes- oder Landesebene vertreten und nicht selbst am Prozess beteiligt sind. In diesem Fall müssen alle Verfahrensvoraussetzungen wie bei einem Rechtsschutzersuchen durch den Menschen mit Behinderungen selbst vorliegen.

gemeinsam mit anderen Behindertenverbänden die Bundesregierung zu Aktivitäten auf. Kurz vor der Europawahl hat sich – wie ihr wisst – zumindest ein Erfolg hinsichtlich des Wahlrechts gezeigt. Geistig Behinderte und psychisch Kranke, die vollständig betreut werden, dürfen nunmehr an Wahlen zum Bundestag und Europaparlament teilnehmen.

Insbesondere sind wir aber natürlich daran interessiert, dass die Regelung des Art. 27 umgesetzt wird.

Menschen mit Behinderung müssen ihren Lebensunterhalt durch eine frei gewählte Arbeit auf einem inklusiven Arbeitsmarkt verdienen können. Insbesondere soll die dauerhafte Beschäftigung von Menschen mit Behinderung in Werkstätten zurückgeführt werden. Verstärkt soll stattdessen die Möglichkeit geschaffen werden,

inklusive Arbeitsplätze auf dem ersten
Arbeitsmarkt zu gestalten.

Was ist aber nun die Realität?

In der Zeit von 2006 bis 2017 ist die Anzahl der
Werkstattbeschäftigten von 250.000 auf rund
310.000 gestiegen.

Nur etwa einem Prozent der
Werkstattbeschäftigten gelingt bisher ein
Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosenquote von Menschen mit
Schwerbehinderung ist im Bundesvergleich seit
dem Jahr 2009 zwar erfreulicherweise von 14,8
auf 11,7 % im Jahr 2018 gesunken.

Dies stellt immerhin eine Verringerung von 21 %
dar.

Im selben Zeitraum hat sich aber die Arbeitslosenquote der Menschen ohne Behinderung von 10 % auf 5,7 %, also um 43 % verringert.

Schwerbehinderte sind um mehr als 10 % häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, als Menschen ohne Schwerbehinderung.

Schwerbehinderte Arbeitslose suchen in Deutschland über 100 Tage länger einen neuen Job als Arbeitslose ohne Schwerbehinderung.

In Baden-Württemberg heißt das nach den aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit², dass die privaten Arbeitgeber in den Branchen der IG Metall mit einer Ist-Quote von 3,1 - 4,6 % besetzter Pflichtarbeitsplätze die gesetzliche 5 % Quote teils deutlich unterschreiten.

² vom 26.04.2019 für 2017

Nur die „Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen; sonstiger Fahrzeugbau“ überschreiten sie mit 5,9 %.

2017 waren allein in unseren Tarifgebieten 14.268 Pflichtarbeitsplätze unbesetzt.

Die weiterhin viel zu niedrige Ausgleichszahlung für das Unterschreiten der 5 % Quote ist offenbar kein ausreichender Anreiz, Arbeitsplätze für Behinderte vorzuhalten.

Gleichzeitig muss das Integrationsamt mangels ausreichender Finanzmittel aus der Ausgleichszahlung die finanzielle Förderung von Maßnahmen in Betrieben, die ihre Quote einhalten, aktuell um 10 % reduzieren.

Wir fordern hier seit langem deutlichere Anreize des Gesetzgebers, insbesondere eine deutlich höhere Ausgleichszahlung, um nicht auch noch

diejenigen Betriebe zu bestrafen, die sich Mühe geben, Schwerbehinderte zu beschäftigen.

Hinzu kommen für Menschen mit Behinderung massive Probleme, die dadurch entstehen, dass Angebote im öffentlichen Nahverkehr, im Wohnraum und im Internet nicht barrierefrei sind und sie dadurch erheblich höhere Schwierigkeiten – auch auf dem Weg zur Arbeit – bewältigen müssen.

Dabei fordert das Bundesteilhabegesetz die Inklusion der Menschen mit Behinderung. Inklusion bedeutet erstmal einfach nur „Teilhabe“.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an allen Bereichen, also Arbeit, Freizeit, Bildung, Familie und politischen Prozessen.

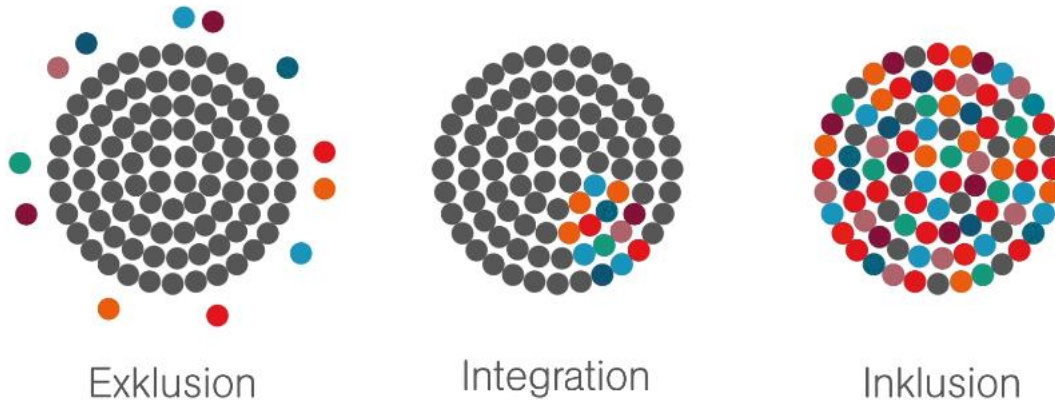
Teilhabe sollte dadurch ermöglicht werden, dass das Umfeld und die Umwelt so gestaltet werden, dass Barrieren beseitigt werden.

Dies ist ein radikaler Unterschied zu dem Ansatz, dass sich der Mensch selbst zunächst verändern muss – was er gar nicht kann, wenn es um Behinderung, sexuelle Orientierung, Geschlecht oder Herkunft geht.

Deshalb ist Inklusion aber ein langer, schwieriger und dynamischer Prozess.

Wir befinden uns immer noch am Anfang des Weges.

Folie aufrufen:



Und dieser Weg muss selbstverständlich werden.
Im gesellschaftlichen Leben, in der Arbeitswelt
und ganz besonders da, wo IG Metallinnen und
Metaller zuständig und aktiv sind.

Und eines muss uns klar sein:

Inklusion in der Sache ist manchmal schwierig,
vor allem aber:

Inklusion kostet Geld, teilweise viel Geld.

Und das macht die Sache bei Arbeitgebern nicht
beliebter und einfacher.

Damit komme ich zu einem besonderen

Schwerpunkt:

[Z:\Austausch Baden-
Wuerttemberg\Bezirkskonferenz_2019\#
Klimaerwärmung nach Ed Hawkins.m4v](#)

Was Ihr hier seht, ist das Ergebnis der
Temperaturmessungen seit 1851.

Seit 1824 ist bekannt, dass Spurengase in der
Atmosphäre das Klima erwärmen.

Seit 1860, dass es sich dabei im Wesentlichen
um Wasserdampf und CO² handelt.

1957 wurde der Nachweis geführt, dass die CO²
Konzentration in der Atmosphäre ansteigt und
dies auf fossile Brennstoffe zurückgeführt werden
kann.

Bis zum vorläufig letzten Bericht von 2018 haben
sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse derart

erhärtet, dass inzwischen fast die gesamte wissenschaftliche Gemeinschaft eine spürbare menschengemachte Klimaerwärmung für erwiesen hält.

2015, 2016, 2017 und 2018 waren global die vier heißesten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Was heißt das für uns?

Erstens: Es gibt den Treibhauseffekt, also einen direkten Zusammenhang zwischen CO₂-Gehalt in der Atmosphäre und dem Klima.

Zweitens: Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre ist seit Beginn der Industrialisierung und vor allem in den letzten 3 Jahrzehnten massiv und in nie dagewesener Geschwindigkeit gestiegen.

Kurzum: Wir sind dabei, die Wirkung des Treibhauseffekts kräftig und schnell zu erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt ein offensichtliches Missverhältnis zwischen dem, was wir bereits wissen, spüren, erleben und der Bereitschaft, daraus auch Konsequenzen zu ziehen.

Ich will nur entlang einiger Stichworte mal aufzeigen, wohin die Reise momentan geht.

Ohne dramatische CO²-Reduktion bis 2030 (- 45%) und 2050 (auf dann Netto Null) wird es auf der Erde sehr warm. So der letzte IPCC Bericht von 2018.

Denn dann wäre das 1,5-Grad-Ziel nicht zu erreichen.

Es wird dann überall auf der Erde ungemütlich.
Vor allem in jenen Regionen, die heute schon
unter längeren Hitzewellen leiden.

Es ist auf Dauer für den Menschen nicht
zuträglich, wenn die Außentemperatur die
Körpertemperatur dauerhaft übersteigt.

Jede Phase mit extremen Temperaturen lässt die
Sterberate von Risikogruppen nach oben
schnellen. Und die Anzahl dieser Phasen wird
deutlich steigen.

Gerade in den letzten Tagen haben in Indien
viele Menschen die mehrtägige Temperatur von
mehr als 45 Grad Celsius nicht überlebt.

Dann ist jeder Sommer ein Jahrhundertssommer.
Für diejenigen zumindest, die ihn überleben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Überleben gehört Nahrung.

Es ist ja vielleicht ganz nett, dass in Baden-Württemberg inzwischen ein anständiger Merlot wächst.

Aber jedes Grad Erderwärmung reduziert die globalen Getreideerträge um mindestens 10% (Dürren und Hitze). Hinzu kommt, dass der natürliche Weizengürtel der Welt jedes Jahrzehnt ca. 200 km nach Norden wandert.

Nur dass man Felder halt nicht so einfach verschieben kann. Weil die Flächen ja nicht ungenutzt auf ihre neue Funktion warten. Sofern der Boden dort Landwirtschaft überhaupt zulässt.

Sinkende Ernteerträge und durch Bevölkerungswachstum getriebener steigender

Bedarf sind eine schlimme Kombination. Ein wahrgewordener Albtraum.

Nicht überall wird es an Wasser mangeln. Und damit meine ich nicht Überschwemmungen durch die Hurrikans, Zyklone, Tornados und dergleichen.

Klar ist: Der Meeresspiegel steigt und wird es auch weiterhin tun. Jeder Amerikaner verursacht jedes Jahr genug CO²-Emissionen, um 10.000 Tonnen Eis in der Arktis zu schmelzen (wir sind auch nicht viel besser).

Das sind etwa 20 Liter pro Kopf und Minute, die dann ins Meer fließen.

Das ist für alle blöd, die gerne Urlaub am Strand machen (Strände sind dann weg).

Und eine Katastrophe für die 600 Mio. Menschen, die in Regionen max. 10 m über Normal Null leben.

Denn als es auf der Erde letztmalig 4 Grad wärmer war (die Anstiege um 1 Grad hin oder her klingen immer so harmlos), gab es an den Polen kein Eis, da wuchsen Palmen in der Antarktis, da lag der Meeresspiegel um ca. 80 Meter höher.

Es wäre ein Leichtes, den Klimawandel und dessen Folgen weiter auszumalen.

Wie oben erwähnt, verlässt man dabei aber ab einem gewissen Punkt den Bereich der gesicherten Fakten.

Niemand weiß, wie die vielen möglichen Rückkoppelungseffekte wirken.

Was passiert, wenn der Permafrostboden taut und Klimagase freisetzt? Wenn die Meeresströmungen sich abschwächen? Der Rückstrahleffekt der Eisschilder fehlt?

Niemand kann sagen, wo die Kipppunkte liegen. Wann die Entwicklung sich selbst beschleunigt. Und wo sie möglicherweise zum Erliegen kommt.

Welche Länder und Regionen besonders leiden werden, das steht allerdings schon fest. Und das macht die Sache nicht besser ...

Verursacher und Betroffene fallen dabei komplett auseinander.

Um es mit der gebotenen Deutlichkeit zu sagen: Es geht hier nicht nur um Wetterkapriolen und deren regional begrenzte Folgen. Sondern um den weiteren Zerfall von Staatlichkeit. Um Kriege um die verbleibenden

Ressourcen. Um Flucht und Vertreibung. Um den Zusammenbruch von Zivilisation.

Wer – allen Hindernissen, Rückschlägen und Widrigkeiten zum Trotz – für das 1,5-Grad-Ziel kämpfen will, der muss sich sputen.

Denn wir haben – so die aktuellen Prognosen – noch bestenfalls 30 Jahre, um auf die dafür notwendige nahezu Null-CO₂-Emission zu kommen.

Und mit jedem Tag wird der Weg steiler.

Hätten wir auf globaler Ebene mit dem Einstieg in den Umstieg bereits im Jahr 2000 begonnen, hätte eine jährliche Reduktionsrate von ca. 3% ausgereicht.

Heute liegt diese Zahl bei furchteinflößenden 10 Prozent!

Lasst es mich so sagen: Langsam gewinnen ist damit das gleiche wie verlieren!

Wir müssen uns entscheiden: Resignation oder volle Kraft voraus. Eine mittlere Variante ergibt keinen Sinn.

Damit ist das Ziel schon mal umrissen. Wir brauchen nichts Geringeres als eine neue Zukunft.

Es hilft nicht, um den heißen Brei herumzureden: In dieser Zukunft (!) ist kein Platz für fossile Energieträger.

Das bedeutet für uns, die IG Metall und ihre Mitglieder: Wir müssen umorientieren, schnell und umfassend. Und es darf nicht erneut sein, dass unsere Kolleginnen und Kollegen wie z. B. in der Wind- und Solarenergiebranche zwar Pionierarbeit leisten, aber die weltweiten Märkte

dann eben doch nicht von Deutschland aus bedient werden.

Das muss bei der Mobilitätswende deutlich besser klappen.

Und dabei müssen unsere behinderten und nicht behinderten Kolleginnen und Kollegen sich auch noch den Herausforderungen der Digitalisierung stellen. Hier bestehen ebenfalls ausreichend Anlässe, Gefahren für den Erhalt von guten und qualifizierten Arbeitsplätzen zu erkennen.

Nun zeigen leider die bisher vorliegenden Fragebögen unseres Transformationsatlas, dass stattdessen in den befragten Betrieben Beschäftigungsrisiken zunehmen, Qualifizierungsangebote nicht Schritt halten und von zukunftsfähigen Unternehmensstrategien in vielen Fällen nicht die Rede sein kann.

Die Sorge der Menschen um den Erhalt des Arbeitsplatzes rückt damit deutlich in den Focus.

Und hier bin ich bei Euch,
den Schwerbehindertenvertretern,
die sich besonders um Menschen kümmern, die körperliche oder psychische Einschränkungen aufweisen,
deren „Verwertbarkeit“ für Arbeitgeber nicht so hoch ist und die durch die bestehenden Gesetze nur beschränkt geschützt werden.

Für Euch steht die Aufgabe an, Euch durch intensive Schulungen über Eure Einflussmöglichkeiten, gut organisierte Strukturen, sowie eine klare Abstimmung und positive Arbeitsaufteilung mit den Betriebsräten noch fitter als bisher zu machen.

Fitter zu machen für die bevorstehenden schwierigen Auseinandersetzungen mit den

Arbeitgebern, um die Schutzfunktion für Eure Klientel gegenüber den Arbeitgebern so weit ausüben zu können, dass es quietscht.

Wir, die IG Metall Baden-Württemberg, stehen Euch in den Geschäftsstellen und im Bezirk in diesen Fragen stets zur Seite.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen an einem Scheideweg. Denn hier und heute kumulieren die technologischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Diese Kumulation ist der Unterschied zu früher.

Egal welche Richtung wir einschlagen ... wir werden eines Tages auf diese Monate (vielleicht wenige Jahre) zurückblicken und feststellen: Damals hat es sich entschieden.

Ich bin – allen Widerständen und Herausforderungen zum Trotz – überzeugt, dass wir uns dann auf die Schultern werden klopfen können.

Ich bin überzeugt, dass wir eine soziale, ökologische und demokratische Transformation in Gang gesetzt haben werden.

Weder der Markt, noch die Politik und schon gar nicht die Arbeitgeber werden uns eine gute Zukunft von alleine bringen. Die müssen wir uns schon selber holen.

Deshalb fordern wir:

- Massive Investitionen in neue, ressourcenschonende Technologien, Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle
- Sicherung und den Ausbau von Zukunftsarbeitsplätzen
- Schaffung von inklusiven Beschäftigungsmöglichkeiten für Behinderte auf diesen neu zu gestaltenden Arbeitsplätzen
- neue Wege in der Qualifizierung von Beschäftigten (Transformations-Kurzarbeitergeld).

- eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur (Verkehrswende, Energiewende)
- sowie eine intelligente Regional- und Strukturpolitik (Ansiedelung Zellfertigung)

Und über allem stehend den gesellschaftlich notwendigen Konsens:

In diesem Wandel bleibt niemand auf der Strecke! Es gibt für jeden und jede - behindert oder nicht behindert - eine gute Zukunftsperspektive!

Um unseren Anspruch deutlich zu machen, besteht an diesem Wochenende in Berlin eine hervorragende Möglichkeit.

Vor dem Brandenburger Tor wird die IG Metall, werden die IG Metallerinnen und Metaller deutlich machen, dass sie nicht gewillt sind,

schlafende Arbeitgeber und eine nur auf sich fokussierte Politik hinzunehmen.

Wir werden zeigen, dass wir uns massiv in den Zukunftsprozess einbringen wollen und werden, für uns und die Zukunft unserer Kinder und Enkel.

Ich freue mich darauf, Euch alle am Samstag wieder zu sehen.

Gern stehe ich Euch jetzt noch zur Diskussion zur Verfügung.